



Antrag

der Fraktion der FDP

Langzeitarbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, in der 19. Tagung zu berichten, wie sie dafür sorgen will, dass künftig weniger Menschen in Schleswig-Holstein langzeitarbeitslos sind. Sie möge unter anderem darauf eingehen,

- welche der zahlreichen arbeitsmarktpolitischen Instrumente des Landes sich in den letzten Jahren als erfolgreich erwiesen haben, um Langzeitarbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren, und wie diese Instrumente zukünftig noch besser für diesen Zweck genutzt werden könnten,
- wie die Landesregierung dafür sorgen will, dass langzeitarbeitslose Menschen in Schleswig-Holstein zukünftig besser betreut und angemessen qualifiziert werden können, und wer das leisten soll,
- welche arbeitsmarktpolitischen Instrumente des Bundes die Landesregierung als wirksam beurteilt, um die Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen, welche Defizite die Landesregierung bei den Instrumenten des Bundes sieht und wie die Konzepte der Landesregierung die Instrumente des Bundes ergänzen bzw. deren Defizite ausgleichen sollen,
- welche Bedeutung die Landesregierung einem Bürgergeld oder einer negativen Einkommenssteuer beimisst und ob sie sich auf Bundesebene dafür einsetzen wird, so etwas zu verwirklichen, und

- wie die Landesregierung kommunale Anstrengungen beurteilt, Beschäftigungsfelder für Menschen zu schaffen, die offensichtlich kaum noch andere Chancen haben, einen Arbeitsplatz zu finden, ob sie solche Anstrengungen der Kommunen unterstützen will und wenn ja, wie.

Dr. Heiner Garg
und Fraktion